
Executive Summary

Problemstellung

Jahr für Jahr mehren sich kritische Meldungen in den verschiedensten Medien über die Anwendung von sogenannten Steuertricks durch multinationale Konzerne und den daraus resultierenden Steuerausfällen in Milliardenhöhe für viele Hochsteuerländer. Durch die Existenz von Diskrepanzen und Handlungsspielräumen in den Gesetzgebungen zwischen den Staaten gelingt es Konzernen ihre effektive Steuerlast in Europa massiv zu senken ohne dabei gesetzlichen Bestimmungen zu verletzen. Auf der anderen Seite leiden viele europäische Staaten unter ihren immensen Staatsschulden als Folge der Finanzkrise, steigender Arbeitslosigkeit und stagnierendem Wirtschaftswachstum.

Diese völlig konträren Entwicklungen haben die OECD gemeinsam mit der europäischen Union und den G20-Staaten dazu bewogen ihren Kampf gegen Methoden der aggressiven Steuerplanung weiter zu verstärken. Ziel ist es in enger Zusammenarbeit mit allen Mitgliedstaaten nach Jahren der öffentlichen Diskussion auch endlich konkrete Lösungen zu finden. Neben der Forderung nach mehr Transparenz sind vor allem multilaterale Massnahmen und Konzepte gefragt um Schlupflöcher zwischen den unterschiedlichen nationalen Steuergesetzen zu schliessen. Durch die zunehmende Vernetzung zwischen den Ländern und die verstärkte Relevanz von immateriellen Gütern hinken viele Staaten mit ihren Methoden der Besteuerung den Grosskonzernen hinterher. Aktuell wird multilateral an einem Aktionsplan gegen aggressive Steuerplanung gearbeitet, der Mitte Juli vorgestellt und anschliessend gemeinsam von allen Staaten umgesetzt werden soll.

Die Schweiz zählt zu den international attraktivsten Standorte für multinationale Konzerne. Eine der unbestritten wichtigsten Anreize für Konzerne in die Schweiz zu kommen, ist dabei die privilegierte Besteuerung für Holding-, Verwaltungs- und Gemischte Gesellschaften auf kantonaler Ebene sowie die Besteuerung als Principalgesellschaft auf Bundesebene. Besonders durch eine grosszügige internationale Steuerauscheidung von Principalgesellschaften, die oftmals mit Gemischten Gesellschaften auf Kantonsebene kombiniert werden, ist es der Schweiz gelungen eine steuerlich äusserst attraktive Antwort auf die zunehmende Zentralisierung von Organisationsstrukturen zu finden.

Seit 2005 kritisiert die EU-Kommission die kantonalen Steuerprivilegien offen und versucht diese mit rechtlichen Argumenten zu bekämpfen. Die massive Kritik an Methoden der aggressiven Steuerplanung verschärft den ohnehin schon auf Grund des Steuerstreits vorherrschendem Druck auf die Schweizerischen Steuerprivilegien weiter. OECD, EU-Kommission und die G20 kritisieren in ihren Initiativen besonders Strukturen wie das vom EU-Steuerstreit weitgehend verschont gebliebene Schweizerische Prinzipalmodell, da dieses die legale, aber von ihnen als nicht legitim angesehene Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerländer und die damit verbundene Minimierung der Besteuerung fördert.

Ein ersatzloses Wegfallen der Steuerprivilegien hätte verheerende Folgen auf die Standortattraktivität. Derzeit wird mit Hochdruck an Alternativlösungen gearbeitet. Das Eidgenössische Finanzdepartement hat diesbezüglich am 07.05.2013 einen Zwischenbericht veröffentlicht, der erste konkrete Massnahmen zur Stärkung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit beinhaltet.

Zielsetzung

Das Ziel der Bachelorarbeit besteht darin das Thema „Aggressive Steuerplanung multinationaler Unternehmen“ vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion kritisch zu würdigen. Auf kompakte Art und Weise sollen die wichtigsten Standpunkte und Sachverhalte sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene näher gebracht werden. Weiters sollen auch mögliche Massnahmen, deren Erfolgsaussichten und die Folgen einer möglichen Umsetzung beleuchtet werden. Als Grundlage dienen unzählige Publikationen der OECD und der europäischen Kommission sowie Artikel in Fachzeitschriften, die sich mit Fragen des internationalen Steuerrechts befassen.

Vorgehen

Die Bachelorarbeit gliedert sich in drei Teile:

Im ersten Teil wird der häufig falsch interpretierte Begriff der aggressiven Steuerplanung klar von anderen Ausdrücken, welche oft im selben Kontext genannt werden, abgegrenzt. Mittels einer kurzen Rückschau auf historische Entwicklungen soll veranschaulicht werden warum aggressive Steuerplanung immer stärker in den Fokus von Steuerregimen rückt. Weiters wird auch eine Querverbindung zum Steuerstandort Schweiz hergestellt, in dem heute der Hauptsitz vieler multinationaler Konzerne beheimatet ist.

Nachdem in Teil eins die Grundlagen gelegt wurden, widmet sich der zweite Teil ausgewählten Praktiken der aggressiven Steuerplanung. Anhand von konkreten Beispielen soll veranschaulicht werden, mit welchen Methoden Konzerne arbeiten und warum es überhaupt möglich ist Steuervermeidung zu betreiben. Es zeigt sich dabei, wie schmal der Grad zwischen allgemein akzeptierter und aggressiver Steuerplanung ist.

Allen Fallbeispielen ist gemein, dass sie entweder zu einer doppelten Nichtbesteuerung oder zu doppelten Abzügen führen. Wie Staaten versuchen sich auf eigene Faust dagegen zu schützen und wo die Grenzen von unilateralen Missbrauchsbestimmungen liegen, wird in weiterer Folge erläutert. Zum Abschluss soll auf die Qualifizierung und Besteuerung sowie auf Kritik und Angriffsflächen der für die Schweiz so wichtigen Prinzipalgesellschaften eingegangen werden.

Der dritte und letzte Teil widmet sich den internationalen Bestrebungen gegen aggressive Steuerplanung vorzugehen. Die OECD, im Schlepptau mit der europäischen Union und den G20-Staaten, arbeitet seit Beginn des Jahrtausends in enger Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedstaaten an Lösungskonzepten um gegen schädliche Steuerpraktiken von multinationalen Konzernen anzukämpfen. Die wichtigsten Standpunkte sollen dabei ausführlich erläutert und auf deren Umsetzbarkeit beurteilt werden. Zudem wird auf ein alternatives Lösungskonzept der kritischen Vereinigung „Tax Justice Network“ eingegangen. Abschliessend werden mögliche Lösungsvorschläge für den Steuerstandort Schweiz beschrieben.

Resultate und allgemeine Beurteilung

Die Abgrenzung zwischen legitimer, legaler und aggressiver Steuerplanung ist Auslegungssache und in der Praxis fast unmöglich. Entwicklungen wie die Zunahme an grenzüberschreitenden Transaktionen und der Trend zur vermehrten Zentralisierung von Unternehmensstrukturen sind die Ursachen, dass zunehmend internationale Wertschöpfungsketten multinationaler Konzerne auf bestehende nationale Steuergesetze treffen. Durch die fehlende Harmonisierung zwischen den Staaten ergeben sich in der Folge zahlreiche Möglichkeiten aggressive Steuerplanung zu betreiben. Auch wenn die einzelnen Methoden sehr verschieden sind haben diese gemein, dass sie in einem Zusammenhang mit Finanzierung und/oder immateriellen Wirtschaftsgütern auftreten sowie durch Interpretations- und Qualifikationsunterschiede zwischen den Staaten entstehen.

Die konkrete Lösungsfindung gestaltet sich durch teilweise komplett unterschiedliche rechtliche, politische und wirtschaftliche Interessen äusserst schwierig. Zu wirklich gravierenden Schritten wie die Harmonisierung von Steuergesetzen oder die Einführung der Einheitsbesteuerung zeigen sich die einzelnen Staaten mit Verweis auf ihre Steuerhoheit nicht bereit. Unilaterale Missbrauchsbestimmungen können zwar gewisse Strategien verhindern, stellen allerdings immer nur eine Reaktion dar. Zudem führen sie zu Rechtsunsicherheiten und können eine Doppelbesteuerung hervorrufen. Somit konzentriert sich die Lösungsfindung auf multilaterale Abwehrmassnahmen deren Wirksamkeit sehr stark davon abhängig ist, ob eine gemeinsame globale oder europäische Lösung gefunden werden kann. Aktuell erscheint eine globale Umsetzung von Massnahmen, die nicht zu stark durch die Konsensfindung aufgeweicht ist, als eher fragwürdig. Erste konkrete Vorschläge der EU-Kommission wie die Einführung einer Rückfall- und einer allgemeinen Missbrauchsklausel greifen zu kurz. Der Einsatz von vorhandenen rechtlichen Mitteln gegenüber schädlichen Steuerregimen in den Mitgliedsstaaten wird von der EU bisher noch gescheut.

Die Schweiz als attraktiver Standort für Konzerne muss mit einer weiteren Druckverschärfung auf ihre Steuerprivilegien rechnen. Auch wenn die OECD in ihren Berichten nicht direkt die Schweiz angreift, sollte diese bei der Suche nach alternativen Besteuerungsmodellen neben der Kompatibilität auf EU-Ebene sich auch immer die Frage nach der Akzeptanz auf OECD Ebene im Zusammenhang mit aggressiver Steuerplanung stellen. Der Zwischenbericht vom EFD bestätigt die Analyse, dass es keine perfekte Alternativlösung zu den bisherigen Privilegien gibt. Nur eine Kombination verschiedener innovativer Massnahmen kann dafür sorgen, dass die Schweiz auch in Zukunft ein attraktiver und international akzeptierter Standort für Konzerne bleibt.